

Deutschland.

□ Berlin, 27. April. Die zur Eröffnung des Zollparlaments vom Könige gesprochene Eröffnungsrede wird nach allen Seiten hin einen günstigen Eindruck machen. Sie zeichnet sich durch eine einfache Sprache aus, entwickelt die gegenwärtige Stellung des Zollparlaments aus der Geschichte des Zollvereins in sehr sachgemäßer Weise und legt dann die positive Aufgabe des Zollparlaments ins richtige Licht. Den politischen Hintergrund des Parlaments läßt die Rede gleichfalls nicht unbeachtet, sondern läßt dem nationalen Gedanken sein Recht widerfahren, der die Entwicklung des Ereignisses vorbereitet und vollendet hat, daß heute die Vertreter des ganzen deutschen Volkes zur Beratung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zusammengetreten sind. Es ist mit Genugthuung darauf hinzuweisen, daß die jetzt hier vereinte Gesamtvertretung der deutschen Nation die richtige Würdigung auch immer mehr von Seiten derjenigen Organe findet, welche sich bisher in leitenden und bemächtigenden Betrachtungen über dieselbe ergingen. — Ueber die beschlossenen militärischen Reduktionen, wie sie durch eine Königl. Kabinetts-Ordnung vom 16. d. festgesetzt sind, können wir folgende nähere Angaben machen. Es werden im Etat vorläufig in jeder Eskadron 1 Unteroffizier und 2 Pferde und in jeder Kompagnie und Eskadron ein Desamortisationshelfer abgesetzt; ferner sollen, wie schon bisher bei der Kavallerie, so jetzt auch bei der Infanterie, den Jägern, der Artillerie, den Pionieren und dem Train so viel Mann beurlaubt werden, daß die einjährigen Freiwilligen bis zu 5 Mann pro Kompagnie auf die Etatsstärke in Anrechnung kommen. Außerdem sollen von jedem Linien-Jägerbataillon 64 Mann, von jeder Festungs-Artillerie-Kompagnie 15 Gemeine beurlaubt und bei jedem Train-Bataillon 10 Rekruten, weniger eingestellt werden. Endlich ist auch die beabsichtigte Verkleinerung der Fußbatterien um je drei Reiterpferde bis auf Weiteres ausgesetzt. Die angeführten Reduktionen sollen, so weit es ausführbar ist, mit dem 1. Mai eintreten, sonst aber zur Ausführung kommen, sobald es möglich ist. Außerdem ist noch von Seiten des Kriegsministers angeordnet worden, daß eine frühere Bestimmung, wonach für fehlende Unteroffiziere Gemeine eingestellt werden dürfen, mit dem 1. Mai außer Kraft treten soll, in der Weise, daß die überzähligen Gemeinen des Truppendeils beurlaubt werden sollen. Festzuhalten ist bei diesen Anordnungen, daß sie von der Börse und den Börsen-Organen fälschlich als das Ergebnis diplomatischer Verhandlungen hingestellt sind und daß denselben eine größere Dimension, als sie haben, beigelegt worden ist, immerhin werden sie indessen als Zeichen der friedlichen Situation anzusehen sein. — Der Geh. Ober-Postrath Stephan hat in diesen Tagen einen dreimonatlichen Urlaub angetreten und wird während desselben zur Stärkung seiner Gesundheit seinen Aufenthalt im südblichen Frankreich und in Italien nehmen. Das Gerücht, daß der Geh. Ober-Postrath Stephan bestimmt sei, die Leitung des General-Postamtes zu übernehmen, mit dem Hinweis darauf, daß er der Urheber des bedeutungsvollen Fortschritts auf postalischen Gebiete, der Tarifreform, sei, ist unbegründet und dürfte dem verdienten Manne, zu dessen Verberlichung es bestimmt ist, selbst unerwünscht sein. In unrichtigten Kreisen ist nämlich nichts bekannt, daß in der Leitung des General-Postamtes ein Wechsel stattfinden sollte. Die Verdienste und Leistungen des General-Postdirektors v. Philpsborn, namentlich auch um die Reformen, die auf dem Gebiete der Postverwaltung vorgenommen, sind in Volks- und Regierungskreisen so anerkannt, daß die Nachricht auch von vornherein ganz unwahrscheinlich ist. — Der Beschluß des Reichstages über das Bundes-Schulden-Gesetz findet im Publikum wenig Beifall. Derjenige Theil des Publikums, der den liberalen Belehungen, welche die Sache zu verdrängen oder zu verkleinern suchen, unzugänglich ist, sagt, daß durch die Annahme des Miquel'schen Amendements und die dadurch bedingte Mitbestimmung der Marine-Anleihe die Interessen des Landes stark geschädigt sind und daß überhaupt die Mehrheit des Reichstages auf demselben Wege wie die frühere Fortschrittspartei im preussischen Landtag ist, wenn sie, unbekümmert um die Wohlfahrt des Landes, Geldbewilligungen oder sonstige Zustimmungen nur dann gewährt will, wenn ihr dafür Zugeständnisse für ihre parlamentarische Alleinherrschaft von Seiten der Staats-Regierung gemacht werden. Die National-Liberalen, die sich so gern mit ihrem Patriotismus brüsten, können übrigens auf die Bundesgenossenschaft stolz sein, die sie bei der Abstimmung am 22. gehabt haben, auf die Bundesgenossenschaft der dem norddeutschen Bunde oder Preußen feindlichen Demokraten der Sozialisten, der Partikularisten, Polen und Klerikalen. Eine starke Naivität ist es daher, wie sie bei der Redaktion der „Magd. Ztg.“ und ihren Mitredakteuren, die man hier in national-liberalen Kreisen sucht, zuweilen vorkommt, wenn dieses Blatt das Ergebnis der Abstimmung dem Zusammenhalten der liberalen Fraktionen zuschreibt. Eben so wenig dürfte die Prophezeiung dieses Blattes eintreffen, daß das Widersprechen des Bundesraths gegen die Miquel'schen Forderungen nur eine Zeit lang dauern werde; sehr häufig ist gerade das Gegenteil von dem eingetroffen, was dieses Orakel in Magdeburg in Aussicht gestellt hat.

Berlin, 28. April. Sr. Maj. der König, die Königin, die Prinzen und Prinzessinnen, die Generalität etc. begaben sich am Sonntag Vormittags halb 10 Uhr per Extrazug nach Potsdam und wohnten dort in der Hof- und Garnisonkirche dem Gottesdienste bei. Nach demselben hatten die Kavallerie-Regimenter der Potsdamer Garnison im Lustgarten Kirchenparade und fand darauf Dejeuner im Stadtschloß statt. Gegen 3 Uhr erfolgte mittelfst Separatzuges die Rückkehr nach Berlin. Bald nach der Ankunft arbeitete der König mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck und erschien Abend im Opernhaus. Gestern Vormittags nahm der

König die Vorträge der beiden Hofmarschälle Grafen Pücker und Verponcher, des Geheimen Kabinettsraths v. Müller, des Geheimen Hofraths Vord entgegen. Um 11¼ Uhr begaben sich der König, die Königin und andere Mitglieder der königlichen Familie zum Gottesdienste und zur feierlichen Eröffnung des Zollparlaments ins Schloß, nach derselben, etwa 2 Uhr, hatten die Ehre des Empfanges der Ober-Präsident der Provinz Pommern von Münchhausen, der Regierungs-Präsident v. Dieß aus Wiesbaden, der Polizeipräsident v. Madai aus Frankfurt a. M. Längere Audienzen wurden ertheilt dem aus München hier eingetroffenen Minister-Präsidenten Fürsten Hohenlohe und den Adjutanten des Herzogs von Magenta, Marquis d'Azac. Hierauf hatte der Ministerpräsident Bismarck Vortrag. Am 29. d. Mts. begibt sich der König zur Truppenbesichtigung nach Spandau.

Die Eröffnung des Zollparlaments fand gestern Mittag 1 Uhr im Weißen Saale des Königl. Schlosses statt, von dem seit 12 Uhr die Königl. Kapelle wehte. Die katholischen Abgeordneten fanden sich, da die Messe in der Hedwigskirche nur kurz ist, wie immer, schon eine halbe Stunde früher ein, darunter die Mehrzahl der Süddeutschen; die württembergischen hatten ausdrücklich beschlossen, der Eröffnungsfeier beizuwohnen. Erst später kamen ihre Kollegen, deren General-Superintendent Dr. Hoffmann mit Zugumbelegung eines Wagens aus den Pfälzen in der Schloßkapelle eine Predigt gehalten hatte. Die glänzenden Formen, in denen die Eröffnungssitzung bei uns vorgeht, sind bekannt und vom letzten Reichstage her noch in gutem Gedächtnisse. Erwähnt sei nur, daß die Logen der Diplomatie überfüllt waren, daß die Botschafter Englands und Frankreichs mit ihren Damen links, die Gesandten Russlands, der hohen Pforte, der Vereinigten Staaten rechts von der Hofloge Platz nahmen, in der sich die Königin mit der Prinzessin Friedrich Karl befand. Die Kronprinzessin war nicht anwesend. Der Bundesrath bildete diesmal einen so stattlichen Zug, daß er sich in gerader Linie links vom Throne nicht aufstellen konnte und fast unmittelbar in die Versammlung überging, an seiner Spitze Graf Bismarck, dem sich die Bevollmächtigten Baierns und Sachsens (v. Berglas und Weisig), dann Präsident v. Delbrück und der württembergische Minister v. Linden angeschlossen. In der Versammlung herrschte die Uniform auch diesmal vor, obwohl die süddeutschen Mitglieder fast sämtlich im Zivilkleide erschienen waren. Das erste Hoch auf König Wilhelm bei seinem Eintritt in die Versammlung brachte der Alterspräsident von Frankenberg-Ludwigsdorf aus; der König dankte, während der Zurschiffung dreimal wiederholte, bestieg den Thron, grüßte die Versammelten und verlas alsdann die ihm vom Grafen Bismarck überreichte Thronrede mit lauter Stimme und starker lebhafter Betonung, die in den Zeit mehr hineingeleget schien, als aus seiner geschäftsmäßigen Fassung und seinem knappen Anschluß an den Buchstaben der Verträge zunächst herauszulesen ist. Ersichtlich war die Spannung, mit der die Versammlung die Rede anhörte, die das erste sichere Zeichen für den Inhalt und den Charakter ihrer eigenen Thätigkeit sein soll. Der Zurschiff am Schluß, der an die Untrennbarkeit des Zollvereins und der Schutz- und Trutzbündnisse mahnt, war herzlich und allgemein.

Berlin, 27. April. Hinsichtlich der politischen Bedeutung, welche das Resultat der abessinischen Expedition hat, bemerkt die „Fr. Ztg.“, daß man in Frankreich den Erfolg der Engländer in Abessinien jedweden nicht mit Freuden begrüßt wird. Abyssinien, in der Nähe der Küste des Rothen Meeres und im oberen Mittelgebiet gelegen, ist ein Land von Wichtigkeit für die Frage des Übergewichts im Orient; der englische und französische Einfluß haben sich dort seit langer Zeit gegenseitig bekämpft, und wenn auch die Engländer wirklich Abyssinien wieder verlassen sollten, ohne irgend einen Punkt dauernd zu besetzen, so wird doch der Zauber ihres Namens durch die glückliche Expedition außerordentlich wachsen; das ist aber im Orient von ganz besonderer Bedeutung. — Endlich liegt die Parallele mit Mexiko zu nahe, um nicht Frankreich etwas mißgünstig auf die Siege des Generals Napier blicken zu lassen. In Mexiko trotz der größten Anstrengungen ein vollständiger Fehlschlag der militärisch-politischen Aktion Frankreichs; hier in Abessinien trotz aller Schwierigkeiten eine in glücklicher Abwendung durchgeführte Expedition Englands.

Wie kürzlich gemeldet, hatte sich der Oberbaudirektor Hagen vor mehreren Tagen nach der Festung von Schleswig beggeben, um dort das Terrain mit Bezug auf die schwebenden Hafen-Projekte zu rekonoszieren. Wie wir hören, hat nun der genannte hohe Beamte in Begleitung des Reichinspektors Herrn von Irmingier, des Kanalinspektors Herrn Wiggers und des Grafen A. Bauhissin die Inseln Röm und Sylt bereist, alle Verhältnisse genau geprüft und ist zu dem Schlusse gekommen, daß nur Röm die geeignete Derivatsität für den Bau des Hafens ist, der aber dort auch ohne Schwierigkeiten zu bauen und absolutes Bedürfnis ist.

Das dritte Verzeichnis der beim norddeutschen Reichstage eingegangenen Petitionen weist 81 Nummern nach, so daß im Ganzen bis jetzt eingegangen sind 199 Petitionen. Wir heben von den Petitionen folgende hervor: mehrere Petitionen aus Lippe-Deimold bitten um Abhilfe drückender Mißstände auf staatlichem, religiösem und gewerblichem Gebiet und „des gänzlichen Mangels einer Eisenbahn im Fürstenthum Lippe-Deimold“; ein Herr Baugmann in Dahlen (Sachsen) bittet, den Anschluß Badens an den norddeutschen Bund ungesäumt zu bewirken; Schöndorff in Lindenbush bittet um Einführung der Press- und Redefreiheit. Die der Handelskommission überwiesenen Petitionen beziehen sich sämtlich auf die neue Gewerbeordnung. Die Einen verlangen größere Freiheit, die Andern mehr Beschränkungen. Die Bauhandwerker-Innung in Namslau bittet „entweder eine Verschärfung der bisherigen Meisterprüfungen oder radikale Abschaffung aller Prüfungen, also auch die der königlichen Baumeister eintreten zu lassen“; die Bauhandwerker-Innung in Reichenbach bittet für die Bauhandwerker den Nachweis der gewerblichen Befähigung auch ferner beizubehalten. Petitionen von Apothekern und Apothekergehilfen bitten theils um Aufhebung, theils um Beibehaltung der Apotheker-Privilegien. Der Bezirksverein des 85. Stadtbürgerzuges in Berlin bittet dahin zu wirken, daß die Freiheit des Gewerbes zur Wahrheit und alle Privilegien, Konzeptionen und Approbationen abgeschafft werden. Drei Petitionen aus Posen und Berlin bitten im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden die Schuld-

haft nicht, eventuell nur mit Beschränkungen aufzuheben, während einige andere Petitionen um schnelle Aufhebung derselben bitten.

Am Sonntag hatten sämtliche Fraktionen des Zollparlaments vorläufige Besprechungen, die süddeutschen Abgeordneten hatten sich fast ohne Ausnahme im Hotel St. Petersburg versammelt. Einer Versammlung der National-Liberalen wohnten Bamberger, Metz, Bluntzschli, Fauler (Freiburg) und Schwinn (Rheinpfalz) bei. Ueber die Präsidentenwahl wollte man sich gestern Abend verständigen. Als Präsident ist Simson, als erster Vize-Präsident der bayerische Minister Fürst Hohenlohe schon jetzt zu betrachten. Als zweiter Vizepräsident wird je nach den Fraktionen, Dr. Löwe, v. Bennigsen, Bluntzschli und Fürst Hohenlohe (Herzog v. Ujest) genannt. Aber zwei Fürsten dieses Namens in das Bureau zu wählen, erscheint Manchem bedenklich, und sie rathen „die beiden Leoparden“ — die führen sie im Wappen — nicht gleichzeitig in das Präsidium zu versetzen. — Daß die Rede des Königs durch eine Adresse beantwortet werden soll, ist unwahrscheinlich, doch hat die Adresse lebhafteste Fürsprecher unter den Süddeutschen.

(1. Sitzung des Zollparlaments vom 27. April von 2¼—3¼ Uhr.) Die 48 Sitze des Zollbundesraths sind nicht besetzt, nur vorübergehend nimmt der Hamburgische Bevollmächtigte Dr. Kirchnerpauer Platz. Die Abgeordneten sind sehr zahlreich erschienen. Von den 382 Mitgliedern, die das Zollparlament zählt (297 Vertreter der norddeutschen Bundes- und 85 der süddeutschen Staaten), waren bis zur Eröffnung der Sitzung auf dem Bureau 283 angemeldet, darunter 210 Reichstagsmitglieder und 73 süddeutsche Abgeordnete, unter den Letzteren Fürst Hohenlohe, v. Neumayr, v. Koggenbach, v. Barnack, die beiden Barth, Böll, Feustel, Bamberger, Metz, Bluntzschli, Jörg, Sepp, Krämer u. A. Die Wahl der Plätze ist theils auf Grund der politischen Parteizugehörigkeit, theils nach Landsmannschaften getroffen: wir sehen die Fraktionen des Reichstages, die sich im Saale des Abgeordnetenhauses nach rechts und links auch äußerlich scheiden, was im Saale des Herrenhauses aus räumlichen Gründen bekanntlich unmöglich ist; auf der Rechten sitzt Prinz Albrecht neben Vogel von Falkenstein, v. Moltke neben Steinmetz, im Centrum v. Rothschild und Reichenperger; den größten Theil der Linken nehmen die National-Liberalen ein, welche die Fortschrittspartei einschließen; hinter v. Hennig, v. Jordan, v. Bennigsen und Bamberger sitzen Walder, Künze u. s. w. Auf der äußersten Linken (Bebel, Reinde, Liebknecht) werden auch einige süddeutsche Abgeordnete bemerkt, doch haben die bairischen und württembergischen Abgeordneten in geschlossenen Gruppen die hinteren Bänke der rechten Seite eingenommen und zwar die in den mittleren Reihen derselben, nicht auf den ungünstigeren Bankreihen an der Wand, wie Anfangs die Belegung der Plätze nachwies; später wurde dies Arrangement aus Rücksicht gegen die süddeutschen Kollegen geändert.

Um 2¼ Uhr besteigt v. Frankenberg-Ludwigsdorf den Sitz des Präsidiums, stellt durch die Glocke in dem von lauten Gespräch erfüllten Saale die Ruhe her und redet die Versammlung also an: Wiedermuß ich mit der Frage beginnen, ob nicht ein Mitglied dieser hohen Versammlung vor dem 29. April 1868 geboren ist? (Pause). Es meldet sich Niemand, und so heisst mir der Vorsitz Behufs der Konstituierung des Parlaments. Von diesem Vorfrage aus rufe ich zuvörderst allen Denjenigen, die aus den süddeutschen Staaten heute zum ersten Male in unsere Mitte eingetreten sind, ein freundliches Willkommen zu. (Bravo!) Unser Zusammentritt findet seine Grundlage, wie wir gesehen aus der Thronrede vernommen haben, in dem Zoll- und Handelsverein, den der norddeutsche Bund mit den Regierungen der süddeutschen Staaten am 8. Juni v. J. errichtet hat; in diesem Vertrage ist unsere Zufriedenheit und unsere Kompetenz festgelegt. Zunächst haben wir die Vorlagen zu erwarten, welche unsere Beratungen und unserer Beschlußnahme unterbreitet werden werden. Alles, was uns vorgelegt werden wird, werden wir mit derselben Grundsätzlichkeit wie im Reichstage prüfen und mit der Willenskraft unablässig zu fördern bemüht sein, wie sie ein so großes Ziel, das von uns erstrebt wird, erreicht. Dies Ziel heißt das eine Deutschland. (Bravo!) Lassen Sie mich jetzt die Sitzung für eröffnet erklären und daran die Bitte knüpfen, daß die vier jüngsten Mitglieder des Schriftführeramt übernehmen. Das 25. Lebensjahr ist maßgebend. Ich rufe daher Diejenigen an, welche im Jahre 1843 geboren sind (Pause); es meldet sich Niemand, 1842, 1841 (Dr. Blum, Sachsen, besteigt das Bureau), 1839 (Bebel), 1838 (v. Wagborff), 1837 (Tobias); zwei weitere Abgeordnete, die fast gleichzeitig hervortreten, finden das Bureau schon vollständig besetzt. Das Protokoll zu meiner Rechten werden die Abg. Dr. Blum und v. Wagborff, die Rednerliste zu meiner Linken die Abg. Bebel und Tobias führen.

Was zunächst die Geschäfts-Ordnung betrifft, so glaube ich Ihnen vorschlagen zu müssen, die Geschäfts-Ordnung des Reichstages provisorisch anzunehmen. — Es sind vom Vorsitzenden des Bundesraths des Zollvereins drei Schreiben eingegangen. Ich erlaube den Herrn Schriftführer, dieselben zu verlesen. (Das erste theilt ein Verzeichnis von 292 Mitgliedern des Reichstages des norddeutschen Bundes mit, deren Wahl vom Reichstage bereits für gültig anerkannt ist, ebenso die Namen von 5 Mitgliedern, deren Wahl noch nicht geprüft resp. für ungültig erklärt ist; das zweite Schreiben theilt mit, daß der zum Mitgliede des Bundesraths ernannte königlich bayerische Handelsminister v. Schöler aus demselben seiner Wahl in den Reichstag wegen ausgeschieden ist; das dritte endlich bringt zur Kenntniß des Parlaments, daß nachträglich auch noch die Wahl des Reichstags-Mitgliedes v. Devens für gültig erklärt worden ist.) — Nach §. 2 unserer Geschäfts-Ordnung liegt uns jetzt ob, die Mitglieder des Zollparlaments in 7 Abtheilungen zu vertheilen. (Die Vertheilung erfolgt durch das Bureau unter Aufsicht eines Bureaubeamten.) — Nach erfolgter Vertheilung in die Abtheilungen, deren Mitgliederlisten sofort gedruckt und vertheilt werden sollen, theilt der Alterspräsident mit, daß bis jetzt die Akten von 37 süddeutschen Wahlen zur Prüfung vorliegen (aus Baiern sind noch keine eingegangen). Er schlägt den Mitgliedern vor, sich zur Konstituierung der Abtheilungen und resp. Wahlprüfung morgen Vormittag 10 Uhr in den Abtheilungszimmern und um 12 Uhr zur Plenarsitzung zu versammeln, um die Präsidentenwahl vorzunehmen. — Abg. Hennig empfiehlt die Plenarsitzung um 11 Uhr beginnen zu lassen, da die Präsidentenwahl voraussichtlich mehr als drei Stunden in Anspruch nehmen werde. Das Haus tritt diesem Vorschlage bei.

Nauheim (Hessen), 26. April. Dieser Tage wurde in den Spielfeldern eine Bekanntmachung des Kreisamtes angeheftet, derzufolge den Angehörigen des Großherzogthums das Spielen an der hiesigen Bank bei einer Geldstrafe von 1—50 Gulden untersagt ist.

Darmstadt, 26. April. Nach der „Mainzeitung“ wäre der entlassene Kriegsminister v. Grolmann mit einem Gehalt von 5000 fl. als Generalleutnant pensionirt worden. Sollte sich das bestätigen, so wäre das allerdings ein goldenes Pfister auf die Wunde des „großenden Mannes“, da nach dem Gesetz die Pension „regelmäßig“ nur mit Zugrundelegung der höchsten Summe von

Mehl unverändert. Bohnen und Erbsen besser. Leinöl ab Pull loco 3
— Sehr schönes Wetter.